

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Susanne Kastner, Iris Follak, Marion Caspers-Merk, Annette Faße, Anke Fuchs (Köln), Iris Gleicke, Karl-Hermann Haack (Extertal), Brunhilde Irber, Jann-Peter Janssen, Marianne Klappert, Horst Kubatschka, Antje-Marie Steen, Tilo Braune, Manfred Hampel, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Wolfgang Ilte, Renate Jäger, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Thomas Krüger, Dr. Uwe Küster, Dr. Christine Lucyga, Winfried Mante, Christoph Matschie, Markus Meckel, Christian Müller (Zittau), Gerhard Neumann (Gotha), Albrecht Papenroth, Dr. Edelbert Richter, Siegfried Scheffler, Gisela Schröter, Richard Schuhmann (Delitzsch), Ilse Schumann, Rolf Schwanitz, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Reinhard Weis (Stendal), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Entwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern liefert Grund zu der Annahme, daß die Lebensverhältnisse im Osten an die des Westens in absehbarer Zeit nicht angeglichen werden können. Nach wie vor ist insbesondere der ländliche Raum ohne wirtschaftliche Perspektive. Die Landesregierungen sowie die Kommunen sahen daher in der Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft eine realistische Alternative für die strukturschwachen Regionen. Trotz eines insgesamt positiven Trends im Tourismus blieb die erzielte Wertschöpfung doch erheblich hinter den Ausgangserwartungen zurück und führte auch nicht zu einer nennenswerten Verringerung der Arbeitslosigkeit in den potentiellen Tourismusgebieten. Als Ursachen dieser verhaltenen Branchenentwicklung werden ungelöste Eigentumsprobleme, die Eigenkapitalschwäche von Existenzgründern, das Fehlen einer touristischen Infrastruktur und ein noch entwicklungsbedürftiges Marketing angesehen.

Frauen stellen die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in der Fremdenverkehrswirtschaft und sind von deren Schwäche besonders stark betroffen. Sie arbeiten in größerem Umfang als ihre männlichen Kollegen als geringfügig Beschäftigte und Teilzeitkräfte. Die Situation im Ausbildungsbereich erscheint ebenso unbefriedigend. Es sind somit vor allem Jugendliche und Frauen, die unter der hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Situation leiden.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Die wirtschaftlichen Rahmendaten des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern – dargestellt als Anteil der Nettowertschöpfung im jeweiligen Bundesland?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Betriebe der Fremdenverkehrswirtschaft in den neuen Bundesländern hinsichtlich Umsatz und Beschäftigung im Vergleich zu Gesamtumsatz und Beschäftigung seit 1991 entwickeln?
3. In welchen Regionen der neuen Bundesländer hat sich nach Erkenntnis der Bundesregierung der Fremdenverkehr besonders positiv entwickelt?

Welcher Anteil der Nettowertschöpfung wird dort erreicht?

II. Das Hotel- und Gaststättengewerbe

4. Welche bundeseigenen Gaststätten, Hotels, Erholungs- und Ferieneinrichtungen, die dem Markt prinzipiell zur Verfügung stehen können, sind noch nicht privatisiert worden?
5. Wie viele und welche Gaststätten, Hotels etc. befinden sich noch im Besitz der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG)?
Zu welchen Bedingungen werden diese angeboten?
6. Ist die Bundesregierung bereit, der TLG einen größeren Spielraum bei der Veräußerung der Objekte einzuräumen, sofern wirtschaftlich sinnvolle Konzepte vorliegen?
7. Wurden die Arbeitsplatz- und Investitionszusagen durch die Erwerber eingehalten, und wenn nicht, wie hat sich die Bundesregierung bzw. die Nachfolger der Treuhandanstalt in den jeweiligen Fällen verhalten?
8. Wie reagiert die Bundesregierung auf das Verhalten der Kreditinstitute in den neuen Bundesländern bezüglich der Konditionen bei Hypotheken, insbesondere bei Risikoabwägung und Zinsfestlegung?
9. Konnte die Bundesregierung zwischenzeitlich die Hausbanken dazu bewegen, bei der Kreditvergabe aus Mitteln des ERP (European Recovery Program) und des EKH (Eigenkapital-Hilfeprogramm) weniger restriktiv zu verfahren?
10. Wie groß ist der Anteil von Unternehmensaufgaben im Hotel- und Gaststättenbereich der neuen Bundesländer im Vergleich zu den alten Bundesländern?
11. Ist der Bundesregierung bekannt, welcher Prozentsatz von Fremdenverkehrsunternehmen nach Anzahl und Betriebsgröße vorwiegend Eigentum von Bürgern ist, die schon vor

1990 ihren Wohnsitz im Gebiet der neuen Bundesländer hatten?

12. In welchem Maß wurden von privatisierten Gaststätten- und Beherbergungsunternehmen die folgenden Förderinstrumente in Anspruch genommen:
- Investitionszulage,
 - Sonderabschreibung,
 - Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA),
 - ERP-Kreditprogramm,
 - Bürgschaften bzw. Rückbürgschaften?
13. Welche Förderinstrumente hält die Bundesregierung für geeignet, um die Unterkapitalisierung von den ostdeutschen Betrieben zu überwinden, die auf den Tourismus angewiesen sind?
14. Beabsichtigt die Bundesregierung, mit den Ländern über eine Anhebung der im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung gestellten Fördermittel für gewerbliche Investitionen zu verhandeln?

III. Freizeiteinrichtungen

15. Hält die Bundesregierung die Ausstattung der Gemeinden in den neuen Bundesländern mit Frei-, Hallen- und Erlebnisbädern für ausreichend?
16. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die Fremdenverkehrsregionen deutlich besser mit touristischen Attraktionen ausgestattet sind als andere Gebiete?
17. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausstattung mit Freizeiteinrichtungen in den touristisch orientierten Kommunen der neuen Bundesländer im Vergleich mit der Ausstattung in denen der alten Bundesländer dar?

IV. Heilbäder und Kurorte

18. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie sich im Rahmen der Rekonstruktion der Heilbäder und Kurorte die Übernachtungszahlen und Patientenzahlen in ambulanten und stationären Maßnahmen entwickelt haben und wie groß zur Zeit der Bestand an stationären Einrichtungen ist?
19. Wie stellt sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Auslastung der bestehenden Einrichtungen in den neuen Bundesländern durch die Träger der Sozialversicherung im Vergleich zu derjenigen der alten Bundesländer dar?
20. Welche Bedeutung im Rahmen bereits abgeschlossener und für die Zukunft geplanter Reformen mißt die Bundesregierung dem Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaft für die Qualitätsentwicklung und Prädikatisierung von Heilbädern und Kurorten bei?

V. Beschäftigung

21. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie sich die Anzahl der Beschäftigten im Gesamtbereich des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern in
- Vollzeitarbeitsverhältnisse,
 - Teilzeitarbeitsverhältnisse,
 - geringfügig Beschäftigte,
 - Saisonarbeitnehmer,
 - ausländische Arbeitnehmer und
 - Auszubildende
- gliedert, und wenn ja, welche?
22. Wie hoch ist die prozentuale Arbeitslosigkeit in ausgewählten Tourismusregionen in den neuen Bundesländern?
23. Wie hoch ist der Beschäftigungsanteil der Fremdenverkehrswirtschaft in ausgewählten Tourismusregionen in den neuen Bundesländern?
24. Hält die Bundesregierung es für ausreichend, daß die Arbeit der Fremdenverkehrsvereine in den neuen Bundesländern weitgehend durch ABM-Kräfte bewältigt wird, falls nein, welche Konsequenzen zieht sie daraus?
- Inwieweit kann überhaupt eine Kontinuität hergestellt werden, wenn es nicht möglich ist, zeitliche Überlappungen solcher Beschäftigungsverhältnisse sicherzustellen?

VI. Leistungen des Bundes für den Aufbau der Fremdenverkehrswirtschaft in den neuen Bundesländern

25. In welchem Umfang sieht die Bundesregierung noch Bedarf an weiteren Existenzgründungen in der Fremdenverkehrswirtschaft?
- Sieht die Bundesregierung ihrerseits Möglichkeiten zur Stimulation von Existenzgründungen, falls ein solcher Bedarf besteht?
26. Sind die Existenzgründer der Fremdenverkehrswirtschaft in den neuen Bundesländern nach Erkenntnissen der Bundesregierung in der Regel betriebswirtschaftlich ausreichend qualifiziert?
- Falls dies nicht der Fall ist, ist die Bundesregierung bereit, zu einer Verbesserung der Situation beizutragen, falls ja, durch welche Maßnahmen?
27. Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung im Fremdenverkehr der neuen Bundesländer auf mehr unternehmerisches Denken und Handeln hinwirken?

28. Wie will die Bundesregierung bei den immer noch strittigen Eigentumsfragen helfen?
29. Mit welchen Anpassungshilfen will die Bundesregierung die kleinen und mittleren Betriebe der Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern stärken?
30. Durch welche zusätzlichen Maßnahmen, die über die im Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus beschrieben hinausgehen, fördert die Bundesregierung die Tourismuswirtschaft und den Aufbau einer modernen Infrastruktur in den neuen Bundesländern?
31. Durch welche zusätzlichen Maßnahmen will die Bundesregierung Existenzgründungen und Risikokapital in den neuen Bundesländern besser absichern?
32. Befürwortet die Bundesregierung die Fortführung der bestehenden Förderprogramme für die Tourismuswirtschaft, und ist sie bereit, weitere gezielte Programme für den Tourismus aufzulegen?
33. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Kommunen zu unterstützen bei ihrer freiwilligen Aufgabe, die Verwaltungsstruktur für eine positive Entwicklung des Fremdenverkehrs mit dem notwendigen Personal und Finanzmitteln auszustatten?
34. Inwieweit hat die Bundesregierung bei Fördermaßnahmen zur touristischen Infrastruktur die angespannte Haushaltslage der Kommunen berücksichtigt, die häufig dazu führt, daß die erforderliche Kofinanzierung auf der Grundlage des 24. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe nicht erbracht werden kann?
35. In welchem Umfang plant die Bundesregierung, GA-Mittel auch für die Entwicklung des Tourismus in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2000 im Bundeshaushalt einzustellen?
36. Welcher Degression soll das Eigenkapital-Hilfeprogramm bis zum Jahr 2000 unterzogen werden?

Korreliert diese Degression mit dem Stand der Privatisierung im Hotel- und Gaststättenbereich?
37. Wird die Bundesregierung auf die Deutsche Bahn AG derart einwirken, daß die Fremdenverkehrsregionen in den neuen Bundesländern durch eine verbesserte Fernbahnanbindung attraktiver werden?
38. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu einem Erhalt der touristisch wichtigen Schmalspurbahnen beizutragen?

39. Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung das Reisen in die neuen Bundesländer für die osteuropäischen Nachbarn attraktiver machen?

Bonn, den 4. März 1996

Dr. Eberhard Brecht
Susanne Kastner
Iris Follak
Marion Caspers-Merk
Annette Faße
Anke Fuchs (Köln)
Iris Gleicke
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Brunhilde Irber
Jann-Peter Janssen
Marianne Klappert
Horst Kubatschka
Antje-Marie Steen
Tilo Braune
Manfred Hampel
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Thomas Krüger

Dr. Uwe Küster
Dr. Christine Lucyga
Winfried Mante
Christoph Matschie
Markus Meckel
Christian Müller (Zittau)
Gerhard Neumann (Gotha)
Albrecht Papenroth
Dr. Edelbert Richter
Siegfried Scheffler
Gisela Schröter
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Ilse Schumann
Rolf Schwanitz
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Wolfgang Thierse
Siegfried Vergin
Reinhard Weis (Stendal)
Rudolf Scharping und Fraktion

